

Gemeinde
Amt
Landkreis

(Antragsformular)

Zweckverband
Kommunaler Landesverband
(Name, Anschrift des Zuwendungsempfängers)

Landesförderinstitut Mecklenburg-Vorpommern
Werkstraße 213

19061 Schwerin

bei kreisangehörigen Ämtern/Gemeinden über den Landkreis:
(Name, Anschrift des Landkreises)

bei Landkreisen/Zweckverbänden über das Ministerium für Inneres und Sport,
Kommunalabteilung:

Von der Bewilligungsbehörde auszufüllen:

Aktenzeichen Datenbank :	
Registriernummer Bewilligungsbehörde:	

**Antrag
auf Gewährung einer Zuwendung gemäß der
E-Government-Richtlinie**

1. Angaben zum Antragsteller:	
Gemeinde/Amt/Landkreis/ Zweckverband/ kommunaler Landesverband (Name)	
Ansprechpartner:	
Telefon:	
Telefax:	
E-Mail:	

2. Bankverbindung für das Konto, auf das der Zuschuss eingezahlt werden soll:	
Kontoinhaber:	
IBAN:	
BIC:	

3. Fördervorhaben (kurze, eindeutige Beschreibung mit Zieldarstellung bitte als gesonderte Anlage beifügen)
4. Die Maßnahme soll am begonnen werden und am fertiggestellt sein (Zeitplan über die Durchführung beifügen).
5. Die voraussichtlichen Gesamtausgaben betragen EUR.
(Gliederung entsprechend Nummer 5.4.1 der Verwaltungsvorschrift)
6. Es wird die Gewährung einer Zuwendung in Höhe von EUR beantragt.
7. Finanzierungsplan:
 - a) Gesamtausgaben EUR
 - b) Zuwendungsfähige Ausgaben gemäß Verwaltungsvorschrift EUR
 - c) beantragter Zuschuss Ministerium für Inneres und Sport
gemäß Verwaltungsvorschrift EUR
 - d) Eigenmittel EUR
 - e) Sonderbedarfszuweisung EUR
 - f) Drittmittel EUR
 - g) Zuwendungen EUR
8. Für die beantragte Maßnahme haben wir von einer anderen Stelle eine Förderung beantragt oder bereits zugesagt bekommen:

Zuwendungsgeber	Art der Förderung Zuschuss/Darlehen	Betrag in Euro	beantragt	bereits zugesagt
			<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
			<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

9. Begründung und ausführliche Beschreibung der Maßnahme
 - a) Zur Maßnahme selbst (Erfüllung der Nummer 2 der Verwaltungsvorschrift, Notwendigkeit, Standort, Konzeption, Ziel, Zusammenhang mit anderen Maßnahmen, Maßnahmen desselben Aufgabenbereichs in folgenden Jahren; Planungsstand);
 - b) Zusätzliche Erläuterungen zur Finanzierung (aufgeschlüsselte Eigenleistungen mit entsprechenden Beträgen und anderes) sowie Bemessung der beantragten Zuweisung, sofern von Nummer 5.2 der Verwaltungsvorschrift abgewichen wird.
10. Finanz- und haushaltswirtschaftliche Auswirkungen der Maßnahme (Folgekosten) und Darstellung der Finanzierung in der mittelfristigen Finanzplanung.

11. Erklärungen des Antragstellers:

- Mit der beantragten Maßnahme wurde noch nicht begonnen und wird auch nicht vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides begonnen. (Als Vorhabensbeginn ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages zu werten.)
- Die Zuwendung wird wirtschaftlich, sparsam und ihrem Zweck entsprechend verwendet.
- Der Antragsteller ist für dieses Vorhaben zum Vorsteuerabzug nicht/berechtigt (Nachweis beifügen).
- Die im Finanzierungsplan ausgewiesenen Eigenmittel stehen im Durchführungszeitraum bereit, die Gesamtmaßnahme kann vom Antragsteller vorfinanziert werden. Auch die Finanzierung der Folgekosten entsprechend der Nummer 4.3 der Verwaltungsvorschrift ist gesichert.
- Die Verwaltungsvorschrift zur Verbesserung des elektronischen Verwaltens für Bevölkerung und Unternehmen in Mecklenburg-Vorpommern wird zur Kenntnis genommen und als verbindlich anerkannt.
- Dem Antragsteller ist bekannt, dass es sich bei den Zuwendungen nach dieser Verwaltungsvorschrift um Subventionen im Sinne des § 264 des Strafgesetzbuches und des Gesetzes gegen missbräuchliche Inanspruchnahme von Subventionen des Landes Mecklenburg-Vorpommern handelt. Die im Antragsformular unter den Nummern 1 bis 11 Spiegelstrich 1, 3, 4, 5 und Nummer 12 aufgeführten Tatsachen sind als subventionserheblich im Sinne des § 264 des Strafgesetzbuches bekannt. Die Strafbarkeit des Subventionsbetruges ist bekannt.
- Die dem Förderantrag beigelegten bzw. im Downloadbereich zum Förderprogramm zusammen mit den Antragsdokumenten zur Verfügung gestellten Datenschutzhinweise nach Art. 13, 14 und 21 der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) zum Umgang mit meinen/unseren personenbezogenen Daten und zu meinen/unseren Rechten habe/n wir/ich zur Kenntnis genommen.

Die in diesem Antrag und in den Antragsunterlagen gemachten Angaben sind richtig und vollständig.

12. Beigefügte Unterlagen:

- Beschluss der zuständigen kommunalen Vertretung zur Realisierung der beantragten Maßnahme (in Kopie)
- Stellungnahme der oberen/unteren Rechtsaufsichtsbehörde (Bestätigung der Sicherstellung des Eigenanteils, Förderwürdigkeit)
- rechtsverbindliche Erklärung, dass eine Vorsteuerabzugsberechtigung nach § 15 des Umsatzsteuergesetzes besteht/nicht besteht
- Zeitplan über die Durchführung
- Darstellung der Eigenleistungen (entsprechend Nummer 5.4.1 der Förderrichtlinie)
- Sonstiges:

Ort, Datum

Dienststempel

Unterschrift Antragsteller